Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

24.7.1930 (No. 170)

Visual Library

Nr. 170 Donnerstag, den 24. Juli 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: L. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckschaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage

in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1930

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Die Entwicklung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes hat in der ersten Hälfte des Juli nunmehr in einigen überwiegend landwirtschaftlich orientierten Bezirken den normalen Verlauf genommen und eine der Jahreszeit entsprechende Entlastung erfahren. In der **Mehrzahl der Arbeitsamtsbezirke** ist aber bereits eine mehr oder weniger starke **Zunahme der Arbeitslosigkeit** eingetreten, so daß sich im Landesarbeitsamtsbezirk eine Gesamtzunahme der Arbeitsuchenden um 4700 auf rund 141 000 Personen ergab.

In der zweiten Hälfte des Juni war noch eine Abnahme um 4000 Personen verzeichnet worden. Es ist also ein ziemlich jäher **Umschwung zur Verschlechterung** eingetreten, wie er um diese Jahreszeit noch nicht beobachtet wurde. Mit Ausnahme der Textilindustrie, der Papierindustrie, des Nahrungsmittelgewerbes und des Gastwirts- und Musikergewerbes wurden sämtliche Berufsgruppen davon in Mitleidenschaft gezogen. Zahlenmäßig besonders hoch war in der Berichtszeit die Zunahme der Arbeitsuchenden bei den ungelernten Arbeitern, in den Gruppen Metallindustrie und Bekleidungsgewerbe sowie in den Angestelltenberufen.

Im **Vergleich zum Vorjahr** ist die **Belastung des Arbeitsmarktes um mehr als 60 000 Personen oder um 75 v. H. höher.** Von der Mehrbelastung kamen 17 300 auf die ungelernten Arbeiter, 15 300 auf die Metallarbeiter, 4700 auf die Holzindustrie und über 1800 auf die Textilindustrie. In diesen Gruppen ist die Arbeitsuchendenzahl gerade doppelt so groß wie Mitte Juli 1929. Die Zunahme der gemeldeten Bauhandwerker um mehr als 7000 Mann bedeutet mehr als eine Vervierfachung der arbeitsuchenden Baufacharbeiter gegen das Vorjahr, und auch in der Industrie der Steine und Erden ist die um 1700 größere Zahl der Arbeitsuchenden mehr als dreimal so hoch wie voriges Jahr.

Im Einklang mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes trat erstmals seit Ende Februar auch in der **Inanspruchnahme der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung** eine Steigerung um über 1000 Personen ein. Diese Vermehrung fällt um so schwerer ins Gewicht, als in der Zeit von Mitte Juni bis Mitte Juli mehr als 7000 Personen nach Ablauf der 26wöchigen Unterstützungsdauer aus der versicherungsmäßigen Unterstützung ausscheiden mußten. Im Zusammenhang damit steht die Erscheinung, daß die Zunahme der Unterstützten nur auf den württembergischen Teil entfällt, während in Baden nochmals eine Abnahme der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung beobachtet wurde. In Baden war nämlich die Zahl der Ausgesteuerten mit 4900 fast doppelt so hoch wie in Württemberg mit 2500. In der **Krisenunterstützung** ist ja in diesem Jahre überhaupt noch keine Abnahme zu verzeichnen gewesen; in der Berichtszeit betrug die Zunahme in dieser Unterstützungsart fast 500 Personen.

Nach der Statistik der Arbeitsämter war der **Stand an unterstützten Arbeitslosen** am 15. Juli 1930 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung
65 804 Personen (51 896 Männer, 13 908 Frauen),
in der **Krisenunterstützung**
16 681 Personen (13 452 Männer, 3 229 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg in der Zeit vom 30. Juni bis 15. Juli um 1331 Personen oder um 0,1 v. H.
von **81 154 Personen** (63 863 Männer, 17 291 Frauen)
auf **82 485 Personen** (65 348 Männer, 17 137 Frauen);
davon kamen auf **Württemberg** 28 300 gegen 26 885
und auf **Baden** 54 185 gegen 54 269
am 30. Juni 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. Juli 1930 auf 1000 Einwohner 16,4 Hauptunterstützungsempfänger gegen 16,1 am 30. Juni 1930.

Die Reichseinnahmen im Juni

Im Juni 1930 betrugen die Einnahmen des Reiches bei den Besitz- und Verkehrssteuern 294,9 Mill. Reichsmark, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 214 Mill. Reichsmark, insgesamt 508,9 Mill. Reichsmark. Gegenüber dem Mai ist im Juni das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer um 36 Mill. Reichsmark, aus der Körperschaftsteuer um 8,1 Mill. Reichsmark und aus der Umsatzsteuer um 21,6 Mill. Reichsmark geringer. Die Einnahmen aus der Vermögensteuer sind im Juni ebenfalls geringer als im Mai, nämlich um 66,7 Mill. Reichsmark. Die Einnahmen aus den übrigen Besitz- und Verkehrssteuern weichen nur unerheblich von denen im Mai ab. In Zöllen und Verbrauchsabgaben sind im Juni 8,3 Mill. Reichsmark mehr aufgekommen als im Mai.

Der beginnende Wahlkampf

„Interessenhaufen oder Staatsvolk"

Eine demokratische Kundgebung

Bei einer Wahlkundgebung der **Deutschen Demokratischen Partei** in Berlin, die unter das Thema „Interessenhaufen oder Staatsvolk" gestellt war, sprachen am Mittwochabend Reichsminister a. D. **Koch-Weser** und Reichsfinanzminister **Dietrich.**

Abg. Koch-Weser

beschäftigte sich u. a. mit der Einladung des Führers der Deutschen Volkspartei, Scholz, in der der Begriff der staatsbejahenden Parteien offenbar nicht auf die Sozialdemokratie angewandt werde. Wenn man eine Zusammenfassung wolle, so könne man dies nicht durch eine Addierung von Verschiedenartigen tun, sondern man müsse sich auf ein **positives Arbeitsprogramm** einigen, das sich auf weitere Ziele erstrecke. Wir brauchten eine **Finanzreform,** die das schwindende Verantwortlichkeitsgefühl in Ländern und Gemeinden für Einnahmen und Ausgaben wieder hebe, wir brauchten eine **Wirtschaftsreform,** die dem Kartellwesen zu Leibe gehe, und eine **Parlamentsreform,** die das Parlament schlagfertig mache und es aus seiner bürokratischen Kleinarbeit heraushebt. Weder Parteien, die von den Gewerkschaften, noch Parteien, die von Unternehmerverbänden abhängen, vermögen Nutzen zu bringen. Es komme darauf an, daß eine Volksbewegung hervorgerufen werde, für die die Stärkung des Staatsgedankens oberstes Gebot sei.

Vizekanzler und Reichsminister der Finanzen, Dietrich,

von der Versammlung stürmisch begrüßt, wies darauf hin, daß die Sorgen nicht aus dem eigentlichen Reichsetat kommen, sondern aus der Tatsache, daß das Reich 685 Millionen zur **Arbeitslosenversicherung** zuschießen müsse. Die Möglichkeiten, den Bedarf des Reiches und die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung aufzubringen, seien angesichts der gewaltigen Steuerspannung, die wir schon haben, außerordentlich beschränkt. Über die 100 Millionen, die im Etat abgesetzt werden sollen, sei unter den Ressorts nahezu eine Verständigung erzielt. Die Erhöhung der **indirekten Steuern** sei außerordentlich umstritten, das vielgerühmte Tabakmonopol nicht zu verantworten. Auf alle Fälle müsse aber den **Gemeinden** die Möglichkeit einer indirekten Steuer neu gegeben werden.

Die Erhaltung geordneter Finanzen sei die Voraussetzung der Herstellung des **Vertrauens,** ohne das uns billige Rohstoffe und billiges Geld nichts nützen. Wir kämpfen um diese Dinge auf dem Boden der Republik. Die Zertrümmerung der Deutschnationalen Partei beweise das Anwachsen der Elemente, die den Weg zum heutigen Staat fänden. Wenn das Kabinett auf den Plan Hugenbergs eingegangen wäre, die Entscheidung über die Notverordnung zu vertagen, so wäre das einem Staatsstreich nahegekommen. Der Kanzler und die Minister hätten in erster Linie die Vorschläge zu verantworten, welche dem Reichspräsidenten gemacht worden seien. Wir stehen in einer Linie mit Hindenburg.

Der Kampf geht um **drei Dinge:** 1. um Sparsamkeit, 2. um soziale Reform und 3. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wie der neue Reichstag aussehen wird, ist eine offene Frage. Aber das eine steht fest, daß es sich darum handelt, die **staatsbürgerliche Mitte stärker als bisher** in die Parlamente einzuschalten. Das auf liberalem Boden gewachsene Bürgertum muß um die Macht im Staate und um seinen Einfluß kämpfen. Kämpft es statt dessen um die Interessen der einzelnen Gruppen, dann verpaßt es einen historischen Moment, und seine Zeit wird endgültig vorüber sein.

Die Demokraten und der Scholz-Brief

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, wird sich der **Parteivorstand** der Deutschen Demokratischen Partei, der am Freitag in Berlin eine Sitzung abhält, auch mit der Anregung des **Führers der Deutschen Volkspartei** befassen. Wenn die Absicht bestehen sollte, jetzt eine Art **Burgfrieden** oder eine Dämpfung des Wahlkampfes zu verabreden, so werden sich die Demokraten dem **nicht verschließen.** Eine Fusion derartig verschiedener Parteien wie sie es sind, an die der Führer der Deutschen Volkspartei jetzt seinen Brief gerichtet hat, ist nicht vorstellbar.

Die neuen Parteien der Rechten

Ausführungen von Westarp, Treviranus und Schiele

Vor einem geladenen Kreise sprachen in Berlin am Mittwoch Graf **Westarp, Schiele** und **Treviranus** über die Aufgaben der neuen Parteien der Rechten.

Graf Westarp

führte aus, daß er die Bildung einer berufsständischen Landvolkpartei zwar nicht für richtig halte, daß er aber angesichts der gegebenen Tatsachen und im Interesse der Staatspolitik diese gegebenen Tatsachen für notwendig halte und sie voll und ganz billige. Wenn er den schweren Entschluß gefaßt habe, die **Neugründung der konservativen Volkspartei** mitzumachen, so geschehe dies im Interesse der Zusammenfassung der konservativen Bevölkerung. Er hoffe, daß die neue Partei in **engster Fühlung mit der Landvolkpartei** bleiben werde. Über eine Zusammenarbeit mit der **Volkspartei,** zu der Dr. Scholz bekanntlich aufgefordert hat, erklärte Graf Westarp, daß er ein praktisches Zusammengehen mit der Volkspartei und anderen Parteien für unmöglich halte, da auch die neue konservative Volkspartei eine ausgesprochene Rechtspartei sein müsse. Er halte aber **Vereinbarungen,** die einen Kampf der Parteien gegeneinander unmöglich machten, besonders, wenn auch **politische Abmachungen für den neuen Reichstag** getroffen würden, für **wünschenswert und möglich.** Im übrigen gelte es, die politischen Gedanken Hindenburgs durchzusetzen und der Landwirtschaft und dem Osten die notwendige Hilfe zukommen zu lassen.

Minister Schiele

erklärte sodann, die Ursache der **Trennung des Landvolkes von Hugenberg** sei, daß sich zwei Welten gegenübergestanden hätten. Es handle sich darum, ob man das zum Leben Notwendige sichern oder Idealen nachjagen solle. Hugenberg wolle Abstand von den Problemen behalten und ihnen nicht auf den Leib **rücken.** Durch diese Enthaltung liefere er aber dem Marxismus die billigsten Waffen. So habe er die **Landwirtschaft** um der Selbsterhaltung willen gezwungen, sich **selbständig** zu machen. Der Idealismus der Nationalsozialisten sei nicht zu verkennen. Aber mit ihnen zöge die Gefahr einer Romantik in die Politik ein, die sich überschlage. Er befürchte, daß bei den Beziehungen zwischen den Deutschnationalen und Nationalsozialisten die letzteren sich als die stärkeren erweisen würden. Dem gelte es die Sammlung **der konservativen Elemente** gegenüberzustellen.

Reichsminister Treviranus

betonte, daß nach elf Jahren des Ringens um die bessere Gesinnung und die größte Grundsatzfestigkeit die Zeit gekommen sei, den konservativen Gedanken zum Einsatz zu bringen. Man könne sich nicht mit der Verneinung begnügen, sondern müsse mit Hand anlegen. Kein Staat könne ohne den konservativen Gegenpol bestehen. Die Geschichte lehre im übrigen, daß in Zeiten der Not man sich immer auf die konservativen Kräfte als die letzte Rettung besonnen habe. Nun gelte es, eine Mehrheit für den Generalfeldmarschall und für seine politischen Ideen zu schaffen. Es sei grotesk, daß die **deutschnationale Partei,** die 1928 mit dem Aufruf in den Wahlkampf gezogen sei, **„Mehr Macht dem Reichspräsidenten"** dem **Reichspräsidenten** in dem Augenblick **in den Rücken gefallen** sei, als Männer im Kabinett diese Ideen hätten durchsetzen wollen. Das verstände im Lande niemand. Es sei nicht zu verkennen, daß die Schaffung einer neuen Partei angesichts der wirtschaftlichen Lage schwierig sei. Aber Staatspolitik müsse vor Interessenwünschen gehen.

Gründung einer „Konservativen Volkspartei"

Einigung zwischen Westarp und Treviranus

Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten mit der Volkskonservativen Vereinigung für Sammlung aller konservativ eingestellten Kräfte in einer neuen, gemeinsamen Organisation, die vom Reichsminister **Treviranus,** dem Abg. **v. Lindeiner-Wildau** einerseits, und Graf **Westarp,** Dr. **v. Dryander** andererseits geführt wurden, haben am Mittwoch zu einer **völligen Einigung** und zur Gründung der **Konservativen Volkspartei** geführt.

Die neue Partei tritt mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Die Leitung hat ein Ausschuß übernommen, der aus den Herren Habermann, v. Kanecke, v. Lettow-Vorbeck, v. Lindeiner-Wildau, Dr. Rademacher und Treviranus besteht. Daneben besteht ein Beirat, zu dem Dr. v. Dryander, Frl. v. Gierke, Dr. Hötzsch, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, Graf Schulenburg-Tressow und Graf Westarp gehören. Die Geschäftsstelle der Konservativen Volkspartei befindet sich in den Räumen der bisherigen Geschäftsstelle der Volkskonservativen Vereinigung.

In dem Gründungsaufruf

der neuen Konservativen Volkspartei heißt es u. a.: „Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Einsatz konservativer Kräfte verhindert und gedroht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkskraft nicht verkümmern und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung. Zur Verhütung der Gefährdung von Staat und Wirtschaft sind wir entschlossen, in **staatspolitischer Gemeinschaftsarbeit und Aufgabenteilung** mit wesensverwandten Parteien und Gruppen in Stadt und Land zusammenzuwirken. Wir sind überzeugt, daß sich die Parteien nur im Blick auf das Ganze zu ergänzen haben. Die Lösung der großen, uns gestellten Aufgaben setzt innere Erneuerung voraus. Aus den lebendigen Quellen des Christentums wollen wir sie in friedlichem Wettstreit der Bekenntnisse beginnen.

Soziale Klassensonderung von oben und unten sollen wir überwinden. Das notwendige Streben des einzelnen nach wirtschaftlichem Erfolg kann Nation und Staat nicht schrecken. Selbstverwaltung durch die Nächstberufenen soll den Staat von zeitlicher Einmischung in Rechte und Pflichten des Staatsbürgers fernhalten. So wollen wir die Autorität des Staates und der Staatseinheit wiederherstellen.

Unser Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampfe um die deutsche Freiheit in der ganzen Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geeinten Nation einzusetzen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei."

Treviranus Führer der neuen Partei

Wie Graf **Westarp** den Blättern zufolge erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der neuen Konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Distanzierung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen **Zusammenarbeit zwischen Landvolkpartei und Konservativer Volkspartei** widmen zu können.

Zum Führer der Partei wird, wie die „Germania" meldet, voraussichtlich Reichsminister **Treviranus** gewählt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Haltung der Landvolkpartei — Ein Wahlaufruf

Die **Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei** erläßt einen Wahlaufruf, in dem es heißt:

„Die Landvolkpartei war nicht an die letzte Reichsregierung gebunden, sie hatte sie aber gestützt, weil sie in ihr die zur Zeit einzig mögliche bürgerliche Regierung sah, die bei der unfruchtbaren Opposition der Hugenberg-Gruppe die Loslösung von marxistischen Ideen bringen konnte."

Über die **Ziele der Partei** wird in dem Aufruf gesagt:

„Die Landvolkpartei ist zum nationalen Sammelbecken aller im Besitz verwurzelten Kräfte des Landes geworden und hat ihre Unabhängigkeit nach allen Seiten hin gewahrt. Das wird sie auch in Zukunft tun. **Sie lehnt jede Katastrophenpolitik ab,** weil sie in **ruhiger, steter Aufbauarbeit** die gesicherte Zukunft der deutschen Nation erblickt. In hohem vaterländischem Idealismus, der auf Bodenständigkeit und Liebe zur Scholle erwächst, lehnt sie jede einseitige Bevorzugung einer einzelnen wirtschaftlichen Gruppe ab, weil sie nur in der **Zusammenfassung weitester staatspolitischer Kräfte** die Abwehr vom zersetzenden Radikalismus erblickt. So arbeitet sie im Sinne des Reichspräsidenten v. Hindenburg, mit dem wir in den bodenständig-konservativen Kräften des Landvolkes die Quelle der nationalen Erneuerung suchen.

*

Somit steht es fest, daß die von Hugenberg losgelösten neuen Rechtsparteien in **zwei Gruppen** in den Wahlkampf gehen werden. Zunächst die **Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei,** die der Landbund voll zu unterstützen beschlossen hat. Sie wird allerdings nur in den ländlichen Wahlkreisen Listen aufstellen. Als zweite Gruppe folgt die **Konservative Partei,** die **Westarp** und **Treviranus** gemeinsam repräsentieren. Sie wird städtische Listen aufstellen und in den Kreisen, in denen die Bauern- und Landvolkpartei nicht mit eigenen Listen auftritt, deren Unterstützung finden. Als dritte selbständig operierende Gruppe ist vorerst noch der **Christlich-soziale Volksdienst** zu betrachten, der bereits im sächsischen Wahlkampf selbständig vorgegangen ist und als dessen Repräsentant vorläufig die bisherigen Abgeordneten **Mumm** und **von Keudell** zu betrachten sind.

Meinungsverschiedenheiten im Landbund

In der Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes haben nach dem Hugenbergschen „Lokalanzeiger" die Vertreter **mehrerer Provinziallandbunde"** gegen die Bundesleitung gestimmt, andere sich der Stimme enthalten. Vor allem sollen Landbünde des bedrohten Ostens mit der Haltung der Bundesleitung nicht einverstanden sein. Der Landbund **Pommern** wird Blättermeldungen zufolge mit Ablauf dieses Jahres aus dem Reichslandbund ausscheiden. Als Ursache des Konfliktes ist die politische Orientierung der Leitung in den letzten Monaten anzusehen.

Weitere Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei

Die Abgeordneten **Schröter** (Liegnitz) und **Leopold** sowie das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. **Reichert,** sind aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschieden.

Eine Kundgebung des Stahlhelms

Der Bundesvorstand des Stahlhelm gibt zu den bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Kundgebung bekannt, in der es heißt:

Mehr und mehr zeigt sich, daß im heutigen Deutschland eine parlamentarische Regierung nicht mehr möglich ist. Der Bund erwartet von keiner der bestehenden Parteien die Rettung des deutschen Volkes. Er macht es aber trotzdem sämtlichen Kameraden zur Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben, lediglich um auf alle Fälle ein weiteres Anwachsen der roten Flut zu verhindern. Die Stahlhelmkameraden wählen **nur diejenigen Parteien,** die mit uns **Volksbegehren und Volksentscheid** durchgeführt haben, die entschlossen sind, den Kampf gegen die marxistische Herrschaft in Preußen mit allen Kräften fortzusetzen und die durch ihr Verhalten zum Stahlhelm eine solche Unterstützung möglich machen."

Weiter wird eine „Stellungnahme zur Lage" veröffentlicht, in der auf das Verbot des Stahlhelms im Rheinland eingegangen wird. Der politische Kampf gegen das herrschende System wird entschlossen weitergeführt.

Der Reichspräsident ist Mittwoch abend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge um 10.36 Uhr auf dem Bahnhofe Friedrichstraße von Koblenz in Berlin eingetroffen, wo er von dem Reichskanzler Dr. **Brüning** und dem Minister für die besetzten Gebiete, **Treviranus,** empfangen wurde. Der Reichspräsident, der von einer großen Menschenmenge achtungsvollst begrüßt wurde, begab sich vom Bahnhofe unmittelbar in sein Palais.

Ein Schritt des russischen Geschäftsträgers in Berlin. Die Meldung über einen diplomatischen Schritt des russischen Geschäftsträgers in Berlin, der im Auswärtigen Amt vorgesprochen und ersucht habe, die Freilassung des in der Affäre Schejchot verhafteten Angestellten der Derutra, Schmidt, durchzusetzen, wird uns von unterrichteter Seite bestätigt.

Letzte Nachrichten

Die Erdbebenkatastrophe in Italien

Über 1700 Tote und 4500 Verletzte

WTB. Rom, 24. Juli. (Tel.) Nach amtlichen Mitteilungen beträgt die Gesamtzahl der Toten im süditalienischen Erdbebengebiet 1778, die der Verwundeten, unter denen sich viele Schwerverletzte befinden, 4264.

Vollkommen eingestürzt sind 3188 Häuser, 2757 Häuser wurden beschädigt.

Die Hilfsaktion aus der Hauptstadt, aus Neapel, Potenza, Foggia, Avellino ist in vollem Gange. Betten, Kleider, Wasser, Medikamente und Instrumente aller Art, Ärzte und Sanitätspersonal sind mit der Bahn und per Auto in die am meisten heimgesuchten Gemeinden entsandt worden. Aus dem Hauptbebengebiet werden die ersten **Schreckensszenen** berichtet. Nach diesen Meldungen war die Wucht des Bebens von Anfang an so stark, daß in unzähligen Fällen eine Flucht und ein Entkommen der schlaftrunkenen Bewohner gar nicht möglich war. Im Verlauf des gestrigen Tages haben sich an verschiedenen Stellen noch örtliche **Nachbeben** ereignet. Sie haben jedoch keine neuen Schäden angerichtet, und Sachverständige schließen daraus, daß das Naturereignis seinen normalen Gang nimmt und, ohne weitere Gefahren mit sich zu bringen, seinem Ende entgegengeht.

Von den **Bergungsarbeiten** werden tragische Szenen berichtet. Ganze Familien sind ums Leben gekommen. Eine Frau war mühsam lebend aus den Trümmermassen befreit worden. Bevor sie jedoch weggetragen werden konnte, trat plötzlich ein Nachbeben ein, ein Quaderblock kam ins Rollen und zerschlug der Frau den Schädel. Auch unter dem Rettungspersonal, das unter Einsetzung des eigenen Lebens sich um die Verunglückten bemühte, sind bereits Opfer zu verzeichnen. Die im Hauptbebengebiet fast völlig **zerstörten Gemeinden** bieten einen trostlosen, erschütternden Anblick.

Abgesehen von den sehr wenigen erdbebensicher gebauten Häusern sind eine ganze Zahl von Gebäuden nunmehr Stein- und Schutthaufen, aus denen gespensterhaft die dicken, hohen Mauern jahrhundertealter Paläste herausragen. Auch der Schaden an den Kirchen ist sehr groß. Eine beträchtliche Anzahl von Kirchen ist in sich zusammengebrochen. In dem Dorfe San Bartolomea, in dem fast kein Stein auf dem anderen mehr geblieben ist, wurde seltsamerweise ein mittelalterliches Schloß von dem Erdbeben verschont.

Gemessen an den großen Verlusten in den Hauptgebieten ist der Schaden und die Zahl der Todesopfer in den entfernteren Provinzstädten **Süditaliens** verhältnismäßig gering zu nennen. Immerhin liegen auch hier Meldungen über ganz beträchtliche Gebäudeschäden vor. In **Neapel** zeigen sich bei einer Reihe von Kirchen, darunter bei der Kathedrale, Risse in den Mauern. Viele Paläste Neapels, so auch der Privatsitz des Kardinals und Erzbischofs Ascalesi sind beschädigt. Die Bevölkerung Neapels, die auch in der vergangenen Nacht zum Teil im Freien blieb, begab sich gestern den ganzen Tag hindurch in dichten Scharen in die Kathedrale, um den Neapeler Stadtheiligen Gennaro zu verehren. Zwischen 4 und 7 Uhr wurde auf dringendes Verlangen der Bevölkerung seine in feierliche Gewänder gehüllte Statue auf dem Domplatz aufgestellt, die die Massen weinend und betend umgaben.

Das Ergebnis der österreichischen Anleihe

WTB. Wien, 24. Juli. (Tel.) Die Blätter sprechen ihre Befriedigung über das gute Ergebnis der Zeichnungen auf die österreichische Anleihe aus. Sie betonen, daß durch das Zeichnungsergebnis alle Erwartungen übertroffen würden. Die Tatsache, daß von 150 Millionen Schilling 125 in Sperrstücken gezeichnet wurden, bedeute einen hervorragenden finanziellen und moralischen Erfolg und bringe vor der ganzen Welt den Beweis, daß der Österreicher an sich selbst glaube. Dadurch werde das Vertrauen des Auslandes erheblich gefestigt.

Friedensschritt bei Ghandi

WTB. **London,** 24. Juli. (Tel.) Über die gestrige, vierstündige Unterredung im Teradogefängnis bei Poona zwischen zwei Führern der **gemäßigten Inder** und **Gandhi** wird gemeldet, daß keiner der beiden inoffiziellen Abgesandten Mitteilungen über die Unterredung machen wollte. Es werde jedoch für **unwahrscheinlich** angesehen, daß Gandhis Haltung von der der anderen Kongreßanhänger abweicht, die erklärt haben, daß nichts geschehen sei, was irgendwelche **Friedensschritte** rechtfertige. Außerdem wird betont, daß die beiden Abgesandten keine neuen Vorschläge des Vizekönigs überbringen konnten.

Der Flieger Curtiß †. Der bekannte Flugzeugkonstrukteur und Flieger Glenn Curtiß, ein Pionier des amerikanischen Flugwesens, ist gestorben.

Die Notmaßnahmen der Reichsregierung

Eine Erklärung des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. **Brüning** hat dem Berliner Vertreter der „Newyork Times" Ausführungen für sein Blatt zur Verfügung gestellt, in denen es u. a. heißt:

„Die angespannte Finanzlage des Reiches, die die parlamentarischen Kämpfe der letzten Monate veranlaßte, ist in erster Linie aus der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise bedingt. Die Reichsregierung hat sofort das bedrohte Gleichgewicht des Reichshaushalts durch **neue Einnahmen und durch Ersparnisse** wiederherzustellen versucht und sich im Parlament insoweit durchgesetzt, als die Notwendigkeit neuer Einnahmen und Ersparnisse anerkannt wurde.

Durch die **Vielheit der deutschen Parteien** ist es aber erfahrungsgemäß immer sehr schwer, eine völlige Übereinstimmung über die Einzelheiten zu erzielen, da fast jede Partei ihre Zustimmung abhängig macht von Zugeständnissen der Regierung gegenüber ihren besonderen Wünschen, die von anderen Parteien aber um so schärfer abgelehnt werden. So war es auch diesmal. Deshalb war die Regierung gezwungen, alle **Möglichkeiten der Verfassung auszunützen,** um das Gleichgewicht des Reichshaushaltes unter allen Umständen zu sichern. Sie hat dabei zum **Artikel 48** der Reichsverfassung gegriffen, über den vielfach im Auslande keine Klarheit besteht. Jeder Staat kennt ein Notstandsrecht. Mit Theorien der Diktaturanhänger hat der Artikel 48 nicht das geringste zu tun. Er ist häufig vom Präsidenten Ebert auch in weniger wichtigen Fällen und in Gegenwart des Reichstages angewandt worden. Die Reichsregierung hat — **genau im Geiste der Verfassung** — ihre Notverordnungen unverzüglich dem deutschen Reichstage vorgelegt und sie aufgehoben, nachdem eine Mehrheit des Parlaments dies verlangt hatte.

Sie hat nun, entsprechend den großen Prinzipien eines demokratischen Staates an das Volk appelliert, um sein Urteil einzuholen. Sie wird in der Zwischenzeit zur Sicherung der Finanzen unverzüglich dem Reichspräsidenten Vorschläge zu einer **neuen Notverordnung** unterbreiten, die dem nach den Bestimmungen der Verfassung zu wählenden und zusammenzuberufenden **Reichstag zur Entscheidung** vorgelegt wird."

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Zunahme der Arbeitslosigkeit

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der **Hauptunterstützungsempfänger** in der Arbeitslosenversicherung **keine Abnahme** erfahren, und das Anwachsen der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt. Schließlich ist auch die Zahl der **Krisenunterstützten** weiter gewachsen.

Es wurden am 15. Juli nach den vorläufigen Meldungen 1 470 004 **Hauptunterstützungsempfänger** in der Arbeitslosenversicherung, 380 698 in der **Krisenunterstützung** gezählt. Damit sind beide Unterstützungsrichtungen zusammen mehr als doppelt so stark belastet wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden belief sich am 15. Juli auf **rund 2 770 000.** Werden hiervon diejenigen abgesetzt die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so verbleiben **rund 2 715 000 Arbeitslose.** Die Zunahme rührt zunächst von den Bezirken der westdeutschen Industrie her, von denen sowohl Westfalen — in verstärktem Maße — wie Rheinland eine Vermehrung aufweisen. Ferner haben die Bezirke Brandenburg, **Südwestdeutschland** und Ostpreußen eine Verschlechterung erfahren. Der Zuwachs an Arbeitsuchenden entfällt völlig auf die überwiegend von der **Konjunktur abhängigen Berufsgruppen.**

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die Bedingungen für die Auftragsvergebung

Das Reichskabinett hat beschlossen, den Firmen, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zusätzliche Aufträge erhalten, folgende **Verpflichtungen** aufzuerlegen:

1. Die Firmen müssen sich verpflichten, die fraglichen Aufträge **ohne Überstunden** auszuführen. Es soll Sorge dafür getragen werden, daß ausreichende Lieferfristen gestellt werden.

2. Die Firmen müssen sich ferner verpflichten, sich **die Arbeitskräfte,** die sie zur Erledigung der zusätzlichen Aufträge einstellen, **von den Arbeitsämtern nachweisen zu lassen.**

3. Die Firmen müssen sich schließlich verpflichten, für die zusätzlichen Aufträge nur **inländisches Material zu verwenden,** falls dieser Verwendung nicht aus technischen Gründen oder aus Gründen der Preisgestaltung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen.

Reichsbahn und Reichspost haben sich bereit erklärt, ihren Lieferfirmen die vorstehenden Verpflichtungen aufzuerlegen. Auch für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm sind entsprechende Anordnungen an die Länderregierungen ergangen.

Kurze Nachrichten

Austauschlehrerin für USA. Die Hamburger Schulleiterin Alice **Pollitz** ist als erste deutsche Lehrerin mit einer Lehrerin der Whateon-High-School in Bellingham, Staat Washington, einen Austausch für die Dauer eines Jahres eingegangen. Im Laufe dieses Jahres soll, wie verlautet, noch ein zweiter solcher Austausch von Berlin nach Amerika stattfinden.

Der Autonomistenführer Dr. Ricklin gewinnt einen politischen Prozeß. In dem letzten Kammerwahlkampf im April 1928 hatten elsässische Chauvinisten ein schwarzweißrot umrändertes Plakat drucken lassen, das mit einem fingierten deutsch-patriotischen Aufruf zugunsten Ricklins und mit Beleidigungen für diesen angefüllt war. Nach langen, mit allen Mitteln verlängerten Verschleppungen des Prozesses durch das Gericht in Mülhausen ist nun endlich ein Urteil ergangen, wonach der Beklagte zu 50 Franken Geldstrafe, 100 Franken Schadenersatz und den Kosten verurteilt wurde.

Der Proteststreik in Frankreich gegen die Lohnabzüge wegen der Sozialversicherung breitet sich aus. In Nordfrankreich streiken 14 000.

Die englische Kohlenvorlage. Das englische Oberhaus hat die Vorlage über die Kohlenbergwerke in der vom Unterhause am 21. Juli genehmigten Fassung angenommen, so daß sie nur noch vom König unterzeichnet zu werden braucht, um Gesetzeskraft zu erlangen.

Amerika und das Flottenprogramm. Die zuständigen Abteilungen im Marinedepartement haben, wie aus **Washington** gemeldet wird, sofort nach Ratifizierung des Flottenpaktes mit der Prüfung eines ausführlichen, auf sechs Jahre sich erstreckenden Flottenprogrammes begonnen, dessen Durchführung nahezu eine Milliarde Dollar kosten würde. Für den Fall, daß die noch anzustellenden Erhebungen zufriedenstellend ausfallen, wird der Bau eines neuen Schiffstyps empfohlen, und zwar eines mit sechszölligen Geschützen bestückten Kreuzers, der 75 Flugzeuge an Bord führen könnte.

Rettung von Missionaren in China. Wie aus **Futschau** gemeldet wird, sind 28 englische und 21 amerikanische Missionare, die im Aufständischengebiet abgeschnitten waren, durch eine von dem amerikanischen und britischen Konsul unternommene Expedition befreit worden.

Sommeroperette im Karlsruher Konzerthaus

Es war ein Bombenerfolg — die Erstaufführung von Lehárs **„Das Land des Lächelns".** Diese hübsche, gefällige Operette gehört wohl mit zu den am meisten begrüßten Werken des Komponisten. Sie entstand ursprünglich aus der Operette „Die gelbe Jacke", die gründlich umgearbeitet und verbessert wurde. Direktor Hans **Norden** hatte eine sehr glückliche Hand, als er das Werk — das auch schon in Berlin und in anderen Städten großen Erfolg hatte — auf die Bühne stellte. Das Werk ging leicht und flüssig über die Bretter, die Regie klappte vorzüglich. Alle Darsteller gaben ihr Bestes und ernteten reichen, wohlverdienten Beifall, der sich teilweise in ganz stürmischen Applaus verwandelte.

Leo **Macher** brachte einen ganz gelungenen Husarenoberleutnant Graf von Pottenstein heraus; Frl. Hertha **Jensen** als Mi, Schwester des Prinzen Sou-Chong, bewies wieder einmal, daß sie eine ganz hervorragende Soubrette und sowohl schauspielerisch als auch gesanglich auf der Höhe ist. Auch Gerd **Post** konnte als Prinz Sou-Chong kaum noch übertroffen werden. Direktor Hans **Norden** kennen wir als Darsteller zu gut, um überhaupt noch etwas anderes als eine glänzende Leistung zu erwarten. Auch Grete **Schlegel** gab die Lisa ganz ausgezeichnet. Nicht zu vergessen die übrigen Darsteller, die alle Hervorragendes leisteten, so daß der rauschende Beifall — Jubel könnte man beinahe sagen — sehr wohl verdient war. Daß einzelne Stellen mehrfach wiederholt werden mußten, ist selbstverständlich bei der Freude, die das Publikum an der Aufführung zeigte. Im Gegensatze zu den meisten Operetten „kriegen" sich die Liebenden zum Schlusse nicht, sondern sie trennen sich wieder, als Folge des eben doch nicht zu überwindenden Gegensatzes zwischen Europa und Asien. Während Europa das laut beklagt und auch schimpft, verbirgt Asien seine Empfindungen unter Selbstbeherrschung und Lächeln.

Das Orchester unter glänzender Leitung von Dr. Bernhard **Grün** leistete musikalisch ganz Hervorragendes, was angesichts der farbenreichen, schillernden Komposition einerseits und der immerhin nicht allzu starken Besetzung hoch anerkannt werden muß. Das Publikum amüsierte sich köstlich, man lebte förmlich mit, und jeder ging wohl mit dem angenehmen Gefühl nach Hause, einen herrlichen Abend verlebt zu haben. Nr.

Die Heidelberger Theaterfrage. Nachdem vor kurzem der Stadtrat Heidelberg den Vorschlag des **Intendanten Hahn,** das Theater als Pachttheater mit einem Gesamtzuschuß von etwa 60 000 *RM* mit einem eigenen Ensemble zu bespielen, abgelehnt hat, haben neue Anregungen zu weiteren Verhandlungen geführt. Intendant Hahn erklärte sich neuerdings dabei bereit, einen achtmonatigen (bisher zehnmonatigen) Dauerspielbetrieb einzurichten, bei dem die Stadt Licht und Heizung, das Orchester für etwa 14 Abende im Monat und den Fundus an Garderobe und Dekorationen zur Verfügung zu stellen hätte. Vorerst käme eine solche Form des Pachttheaters lediglich für ein Übergangsjahr in Frage. Dieser Vorschlag gibt Anlaß zur Prüfung der Frage, ob jetzt nicht doch auf dieser Grundlage die Erhaltung des Theaters möglich ist. Weiter wird der Stadtrat sich noch zu befassen haben mit den Möglichkeiten einer für die Stadt völlig zuschuß- und risikolosen Bespielung des Theaters durch fremde Bühnen und durch die beiden Besucherorganisationen. Die Entscheidung soll heute fallen.

Der zweite Abend der Bayreuther Festspiele. Auch der zweite Abend der Festspiele mit **„Tristan und Isolde"** war ein voller Erfolg. Vor ausverkauftem Hause ging das Werk mit einigen Neubesetzungen in Siegfried Wagners meisterhafter Inszenierung über die Bühne. Im Mittelpunkt der darstellerischen Leistungen standen Nanny **Larsen-Todsens** überragende Isolde und der Tristan **Lauritz Melchiors.** Mit hinreißender Wirkung dirigierte **Toscanini** zum ersten Male den Bayreuther Tristan.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Trauer in Koblenz

Noch 16 Vermißte

Mittwoch mittag fand im Stadtverordnetensitzungssaal zu **Koblenz** eine Trauerkundgebung für die Opfer des Unglücks statt. Auch Reichspräsident **v. Hindenburg** und die in Koblenz anwesenden Minister des Reiches und Preußens nahmen an der Kundgebung teil. Nach einem Bericht des Oberbürgermeisters über den Hergang des Unglückes gab der Reichspräsident seinem tiefen Mitgefühl an dem Schmerz Ausdruck, der so viele Bürger von Koblenz und das ganze Land betroffen hat. Beim Oberbürgermeister sind u. a. Beileidstelegramme vom Reichskanzler, vom Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, vom preußischen Ministerpräsidenten und vom österreichischen Nationalrat eingegangen.

Reichsverkehrsminister **von Guérard** hat nach Koblenz einen Kommissar zur Untersuchung entsandt. Am Tage der Beisetzung der Opfer setzen die Reichsbehörden in Preußen die Flaggen auf Halbmast.

Die Reichsregierung hat dem Oberbürgermeister 20 000 Reichsmark als Beihilfe für die durch das Unglück Betroffenen zur Verfügung gestellt.

Die Zahl der **geborgenen Toten** hat sich heute durch Auffindung einer Mädchenleiche auf **36** erhöht. **Vermißt** werden jetzt **noch 16 Personen.**

600jähriges Jubiläum der Stadt Darmstadt

Die Stadt Darmstadt feierte am Mittwoch ihr 600jähriges Stadtjubiläum. In Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse wurde von größeren Feierlichkeiten abgesehen. Mittags fand in dem schön geschmückten Saale des Rathauses eine **Festsitzung** des Stadtrates statt. Dabei gab Oberbürgermeister **Müller** ein Bild der Entwicklung der Stadt. Nach dem Festakt gedachte Minister **Korell** in mitfühlenden Worten der Opfer des Koblenzer Unglücks.

Unter den auswärtigen Besuchern befinden sich etwa 600 **hessische Amerikaner,** die ihre alte Heimat aufgesucht und ihre Glückwünsche überbracht haben. Der **Reichspräsident** hat aus dem festlichen Anlaß dem Oberbürgermeister Müller ein Glückwunschtelegramm gesandt. In dem Antworttelegramm des Darmstädter Stadtrates heißt es: „Mit ehrerbietigstem Danke für die Glückwünsche Ew. Exzellenz verbindet die im Brennpunkt der Westmark gelegene hessische Landeshauptstadt an ihrem Jubeltage ein erneutes Treuebekenntnis zur deutschen Republik und zum erhabenen Reichspräsidenten."

Professor Calmette über sein Schutzmittel

Professor **Calmette** hielt im Internationalen Mikrophologenkongreß, der in **Paris** tagt, einen Vortrag über die Schutzimpfung gegen die Tuberkulose. Wie die Agentur Havas berichtet, streifte Prof. Calmette nur in kurzer Darstellung die an die **Lübecker Todesfälle** sich knüpfende Kontroverse, da diese Vorfälle geklärt seien. Er sprach dann über die Eignung des BCG-Bazillus als unschädliches Mittel gegen die Tuberkulose, die durch die Erfahrungen in zahlreichen Ländern bestätigt werde. Nach einem Hinweis auf die Methode selbst erklärte Prof. Calmette, daß in Frankreich in den letzten Jahren 256 000 Kinder mit dem BCG-Mittel geimpft worden seien und daß auch die Zahl der in anderen Ländern damit geimpften Kinder nicht gering sei. Die Immunität, die diese Impfung verleihe, dehne sich mindestens bis zum 5. Lebensjahre aus.

*

In **Lübeck** ist an den Folgen der **Calmette-Fütterung** wieder ein Säugling gestorben. Die Zahl der Todesopfer beträgt nunmehr 62.

Aus den Ländern

Sturmszenen im Sächsischen Landtag

In der Mittwochsitzung des Sächsischen Landtages, in der das **Arbeitsbeschaffungsprogramm** der Regierung mit einigen Änderungen angenommen wurde, kam es zu **Radauszenen** auf den Tribünen, als der Präsident Weckel bekannt gab, daß der Landtagsvorstand beschlossen habe, die nächste Landtagssitzung am 30. September stattfinden zu lassen. Ein Tribünenbesucher mußte gewaltsam entfernt werden. Als ein sozialdemokratischer Abgeordneter sich gegen die Tribünen gewandt abfällig äußerte, sprangen die Kommunisten von ihren Plätzen und drangen auf die Sozialdemokraten ein. Der Präsident sah sich gezwungen, die Sitzung auf unbestimmte Zeit zu unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der heutigen Landtagssitzung gab Präsident Weckel bekannt, daß der Ältestenausschuß beschlossen habe, die kommunistischen Abgeordneten, Renner, **Siegel** und **Sindermann** aus der Sitzung auszuschließen. Da die beiden Letztgenannten den Saal nicht verließen, wurde die Sitzung erneut auf 10 Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung teilte der Präsident mit, daß Renner von der Sitzung und die beiden anderen Abgeordneten für 22 Tage von der Sitzung ausgeschlossen worden seien. Es folgte erneuter Lärm bei den Kommunisten, wobei mehrere kommunistische Abgeordnete zur Ordnung gerufen wurden. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die kommunistischen Anträge auf Einführung des Siebenstundentages abgelehnt, dagegen den sozialdemokratischen Abänderungsanträgen zugestimmt. Das Haus **vertagte sich alsdann auf den 30. September.**

Die Koalition in Thüringen

Unter der Überschrift „Bevorstehende Regierungskrise in Thüringen?" bringt ein Teil der thüringischen Presse eine Nachricht, daß zwischen der Volkspartei und dem Landbund Verhandlungen mit dem Ziele stattgefunden hätten, das Koalitionsverhältnis mit den **Nationalsozialisten** zu lösen. Wie hierzu aus Kreisen der hinter der Regierung stehenden Parteien mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Es hätten zwischen den besagten Parteien überhaupt **keine Verhandlungen** stattgefunden. Es sei auch nicht anzunehmen, daß während der Parlamentsferien ein dahingehender Beschluß fällt. Abzuwarten bleibe vielmehr, ob von seiten der Nationalsozialisten Schritte unternommen werden, die geeignet wären, das Reich zu veranlassen, die gesperrten Polizeikostenzuschüsse an Thüringen wieder zu zahlen.

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahl in **Oberwasser** (Amt Kehl) erhielt der seitherige Bürgermeister D. Schauerer 64, Jos. Frank II. 59 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit hat, muß ein zweiter Wahlgang stattfinden. — In **Lahr** findet die Wahl des Bürgermeisters am Mittwoch, den 30. Juli, abends 7½ Uhr, statt. — In **Waltersweil** (Amt Waldshut) wurde der bisherige Bürgermeister **Kromer** wiedergewählt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein ausgedehntes Regengebiet zog gestern nachmittag von Norden her über uns hinweg und verursachte allenthalben mehrstündigen Regen. Im Süden des Landes regnet es noch. Da tiefer Druck ziemlich unverändert über Mitteleuropa liegt, ist auch für morgen noch keine durchgreifende Besserung zu erwarten. — **Voraussage:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Badischer Teil

Die Mannheimer Häfen

Der Betriebsvertrag zwischen Baden und der Reichsbahn.

Auf Einladung der Handelskammer Mannheim und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Hafengebiete von Mannheim und Umgebung hielt Ministerialrat **Seeger** vom badischen Finanzministerium in Mannheim einen Vortrag über den **Betriebsvertrag** zwischen dem badischen **Staat und der Reichsbahn** zwecks Betriebs der Mannheimer Häfen. Der Versammlungssaal der Handelskammer war gut besetzt. Die „N. Bad. Landesztg." berichtet darüber:

Ministerialrat **Seeger** wies zunächst darauf hin, daß die Entscheidung der Frage über die Rückbehaltung des Hafens durch das Land Baden maßgebend beeinflußt worden sei durch die Stellungnahme der Interessenten, die Gelegenheit gehabt haben, bei Verhandlungen in Karlsruhe sich hierüber zu unterhalten. Die Häfen seien zurückgegeben worden auf Grund des Staatsvertrages mit der Eisenbahn. Baden habe von seinem Rückbehaltungsrecht Gebrauch gemacht, ebenso wie Bayern und Sachsen. Kurz vor der Gründung der Reichsbahn-Gesellschaft im Jahre 1924 kam ein Mantelvertrag zustande, in dem die Länder ihr Recht feststellten, daß sie von dem Rückbehaltungsrecht Gebrauch machen, und in dem sich der Reichsverkehrsminister bereit erklärte, die Eisenbahnbetriebe in den Häfen zu übernehmen auf Grund eines abzuschließenden Betriebsvertrages. Bei den Verhandlungen gab es zahlreiche Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, heute ist der Betriebsvertrag **paraphiert, aber noch nicht unterschrieben.** Dasselbe gilt für Bayern und Sachsen. Die Meinungsverschiedenheiten konnten auch bis heute nicht restlos beseitigt werden, aber es war im Interesse der Wirtschaft ratsamer, zu einem Kompromiß zu kommen. Es sei zu erwarten, daß die gemachten Vorbehalte im Laufe dieses Jahres durchgedrückt werden können.

Die Abmachungen wurden in die Form einer Vereinbarung gekleidet, die besagt, daß die Vertragsgegner einig sind, daß **der Eisenbahnbetrieb im Hafen Mannheim auf das Land überzugehen habe,** und zwar innerhalb drei Monaten, vom 1. Mai an gerechnet. Die Vertragsbasis wurde im **Hauptvertrag** niedergelegt, aber noch nicht unterzeichnet. Zunächst soll der **Mannheimer Hafen** übernommen werden, dann der Hafen von Kehl und schließlich der Rheinauhafen. Auf einem Lageplan erläuterte Redner die Abtrennung des Eisenbahnbetriebs im Mannheimer Hafen, wonach die Ladegleise an das Land übergehen, die Zufuhr- und Rangiergleise bei der Reichsbahn verbleiben. Es komme auf die Handhabung des Vertrages an, so meinte Redner, damit beide Vertragsgegner Freude an der Vereinbarung haben. Der Forderung nach einer Anzahl Lokomotiven und Wagen habe die Reichsbahn widersprochen. Die Abgrenzung der Haftpflicht berechtige zu der Hoffnung, daß die Interessenten zufrieden sein können. Das Finanzministerium habe im allgemeinen die Richtlinien, die Präsident **Lenel** seinerzeit für die Übernahme des Hafens durch das Land Baden empfahl, sich vor Augen gehalten.

Ministerialrat Seeger ging dann auf Einzelheiten des Betriebsvertrages mit der Reichsbahn ein, die in 33 Paragraphen niedergelegt sind, und in denen in erster Linie eine Anzahl technischer Fragen, wie Mitbenutzungsrecht der Brücken, der Eisenbahnbetriebsdienst und Wagenverkehr, Ladefristen, Privatanschlüsse u. dgl., geregelt werden. Ferner ist die Bestimmung getroffen, daß das Land den benötigten Strom von der Reichsbahn bezieht. Die Besiedlung des Hafengebietes, die Erstellung von Wohnungen, ist im allgemeinen nicht gestattet, ausnahmsweise können Aufseherwohnungen erstellt werden. Auch die Unfall- und Haftpflichtangelegenheiten sind in dem Vertrage geregelt. Die Beförderungsgebühren bleiben, wie sie bisher bestanden. Die Haftung in Hamburg, so bemerkte der Redner, sei umfassender als hier. Eine einjährige Vertragskündigung mit der Reichsbahn sei vorgesehen.

Wir haben das Gefühl, so meinte Ministerialrat Seeger in seinem Schlußwort, daß noch manches in dem Vertrag verbesserungsfähig ist. Er hoffe aber, daß sich im Laufe des Jahres durch die Vorbehalte noch einiges erreichen lassen werde. So sei zum Beispiel für den Hamburger Hafen das Anschlußrecht dauernd dem Staate Hamburg zugesichert, was hier nicht zu erzielen war.

Das Finanzministerium werde mit dem Abschluß dieses Vertrages seine Arbeit für die Häfen nicht einstellen, sondern eine neue Tätigkeit entfalten auf dem Gebiete der Organisation der Häfen und der **Verkehrswerbung für die Häfen,** nicht allein im Interesse der Stadt Mannheim und der Schiffahrtspolitik des Landes, sondern um für die gesamte badische Wirtschaft einen Faktor zu schaffen, der von beachtlicher Bedeutung auch für die Zukunft sein soll. Ein gesunder Optimismus werde die Regierung hierbei leiten. Dabei sei es notwendig, über die Grenzen hinauszuschauen auf die Hafenanlagen von Ludwigshafen. Das Schicksal möge uns auch auf dem Gebiet der Hafenverwaltung zu gemeinsamen Wegen zusammenführen, zum Wohle unseres Heimatlandes.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag fand noch eine angeregte **Aussprache** über Einzelheiten des Betriebsvertrages statt. Hervorzuheben ist aus der Diskussion, daß in Mannheim ein **Hafenbeirat,** ähnlich wie er schon in Duisburg und in Köln besteht, gebildet werden soll, in dem die Interessenten ihre Wünsche zur Geltung bringen können. Sowohl Herr **Reinhard,** der stellv. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, wie Präsident **Lenel** sprachen ihren Dank und Anerkennung für das zum Abschluß gebrachte Vertragswerk aus.

Tagungen

Die 8. ordentliche Landesversammlung der badischen Schneidermeister fand in **Villingen** statt. Sie war von über 300 Mitgliedern besucht. In der Hauptversammlung betrachtete der erste Vorsitzende, **Meick** (Karlsruhe), die Rationalisierung des Schneidergewerbes als eine unglückliche Maßnahme. Das Hauptreferat hatte der Syndikus des Reichsschneiderhandwerkes, **Jung** (Elberfeld), der über das Thema „Hat das Schneiderhandwerk noch eine Zukunft?" sprach. — Anschließend wurde über das Lehrlingswesen, über die Fachschulen und über das Versicherungswesen Bericht erstattet. Als Ort für die nächste Hauptversammlung 1932 wurde Karlsruhe gewählt. Im Jahre 1931 wird nur in Kehl ein Obermeistertag stattfinden.

Waagen aller Art liefert:
FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik
Stuttgart-Cannstatt 3
291

Zum Rheinbrückenbau Ludwigshafen-Mannheim

teilt die „N. Bad. Landesztg." mit:

Wenn ein bestimmter Termin für den Beginn des Baues der neuen Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen bisher auch noch nicht feststeht, so ist doch mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Anweisungen aus Berlin in den nächsten Wochen, **spätestens im September,** erfolgen werden. Die Vergebung der einzelnen Bauarbeiten kann dann unverzüglich vor sich gehen, weil seitens des bei der Eisenbahndirektion Ludwigshafen eingerichteten **Brückenbauamts** die entsprechenden Vorarbeiten genügend gefördert sind. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit wäre der baldigste Baubeginn dringend zu wünschen.

Die auf der **Mannheimer** Seite aus Anlaß des Brückenbaues erforderlichen technischen Veränderungen der Reichsbahnanlagen wird Dr.-Ing. Emil **Schachenmeier,** der als Vorstand des neuen Reichsbahn-Betriebsamts II nach Mannheim versetzt worden ist, leiten. Über die Durchführung dieser Arbeiten ist bereits ein Einvernehmen zwischen den Reichsbahndirektionen Ludwigshafen und Karlsruhe erzielt worden.

Deutsch-schweizerische Kraftwerksprojekte

Über die kommende Kraftwerksbauten und Kraftwerkskonzessionen gibt der Jahresbericht des Schweizerischen Wasserwirtschaftsamtes einen interessanten Überblick. Es liegen gegenwärtig Konzessionsgesuche für die Kraftwerke bzw. Staustufen Birsfelden, Säckingen, Coblenz-Kadelburg, Rheinau, Schaffhausen vor.

Nach Lage der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse werden diese Konzessionen einheitlich behandelt werden. Die Konzession für **Birsfelden** ist inzwischen erteilt worden; der badische Anteil beträgt hier 42 Prozent, der Anteil der Schweiz 58 Prozent. Die Untersuchungen für das Kraftwerk **Säckingen** schweben noch. Als Konzessionäre treten auf Stadt und Kreis Säckingen; voraussichtlich werden hier je 50 Prozent auf die Schweiz und Baden entfallen. Die Konzessionäre für das Kraftwerk **Coblenz-Kadelburg** sind die Gesellschaft Buß AG., Basel, und die Lonza G. m. b. H., Waldshut. Um das Kraftwerk **Rheinau** bewerben sich die Elektrizitäts-AG. vorm. Schuckert, Nürnberg, die Aluminium-AG., Neuhausen, und daneben die Stadt Winterthur; die Verteilung auf Schweiz und Baden steht hier noch nicht fest. Um das Kraftwerk **Schaffhausen** bewerben sich schweizerische Interessenten und die Stadt Schaffhausen, der badische Anteil wird hier voraussichtlich nur 9 Prozent betragen.

Die Konzession für das Kraftwerk **Reckingen** ist schon im letzten Jahr erteilt worden, auf Schweiz und Baden entfallen Kraftanteile von je 50 Prozent. Um das Werk bewirbt sich die Stadt Zürich.

Aus der Landeshauptstadt

Die „Kolonial- und Marineausstellung", veranstaltet von der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe, ist eine imposante Schau, welche die große Ausstellungshalle füllt und eindringlich Zeugnis ablegt von dem Deutschland in Übersee vor dem Kriege. Sie bietet jedermann eine überwältigende Fülle von Belehrung, Einschau und Erkenntnis. Wie zahlreich die kolonialen Erzeugnisse sind, lehrt eindringlich die Sonderausstellung des deutschen Auslandinstituts in Stuttgart. Was hier in Hunderten von Gläsern an tropischen Produkten gezeigt wird, sagt mehr als jede theoretische Belehrung, was der deutschen Wirtschaft seit dem Raube der Kolonien vorenthalten wird. Erweitert und begründet wird diese Propaganda durch eine umfangreiche statistische und bildliche Beleuchtung aller ehemaligen deutschen Kolonien in sechs großen Kojen. Auch die Ethnographika nehmen einen breiten Raum ein. Das chinesische Kabinett des Herrn Hotelbesitzer Farr, die afrikanische Ausstellung des Herrn Hauptmann a. D. Kund, des Herrn Prof. Dr. Haberer (Griesbach) und anderer sind Elitesammlungen mit köstlichen völkerkundlichen Stücken. In entgegenkommender Weise stehen für diese wie für alle Abteilungen sachkundige Führer jedem Interessenten zu Diensten. In gesonderter Koje wird dem Besucher die gesamte Kolonialliteratur in Belegstücken vorgeführt. Mit Aufbau, Gliederung und äußerer Ausgestaltung der Ausstellung war Kunstmaler **Fikentscher** betraut. Eine Darstellung für sich bildet die **Marineausstellung** mit ihren mannigfachen Schiffsmodellen aus alter und neuester Zeit. Man wünscht vor allem die Jugend herbei, daß sie frühzeitig lerne, die Welt als Weite, Raum und Möglichkeit zu begreifen.

Standkonzert. Am Freitag, dem 25. Juli, nachmittags zwischen 5—6 Uhr, spielt bei günstiger Witterung die Polizeikapelle unter Leitung von Obermusikmeister Heisig auf dem Schloßplatz.

Ein neuer Schwarzwaldvereinsweg. Durch die Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Schwarzwaldvereins wurde die Markierung eines Waldweges **Blankenloch—Eggenstein** durch den Wildpark ausgeführt. Die Markierung (gelbe gekreuzte Balken) beginnt am Bahnhof Blankenloch, schneidet in der Nähe des sog. „Monumenthauses" die Markierung Karlsruhe—Leopoldshafen und erschließt in eineinhalb bis zweistündiger Wanderung eine große Anzahl reizvoller Waldbilder.

Karlsruher Gastspiel des Einbrecherkönigs Sandowski. An Hand von Fingerabdrücken hat die hiesige Polizei festgestellt, daß die Ende Juni in Karlsruhe verübten Einbrüche von dem bekannten Juwelenräuber Sandowski ausgeführt worden sind. Bei jenen Einbrüchen fielen Sandowski Schmucksachen im Werte von etwa 10 000 Reichsmark in die Hände. Während der Villenbesitzer mit seiner Familie am Radioapparat saß, war der Einbrecher unbemerkt an der Fassade emporgeklettert und entwendete aus dem zweiten Stock die Schmucksachen. Kurz nach diesen Einbrüchen versuchte Sandowski, einen Koffer und einen Anzug im Karlsruher Leihhaus zu versetzen. Die Beamten waren jedoch von der Kriminalpolizei benachrichtigt worden, und als Sandowski merkte, daß er durch die Leihhausbeamten erkannt worden war, flüchtete er aus dem zweiten Stock des Leihhauses. Seine Spur führte nach Darmstadt und Wiesbaden, wo ebenfalls Einbrüche ausgeführt wurden. Sandowski konnte bis jetzt noch nicht festgenommen werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Juli Geld	24. Juli Brief	23. Juli Geld	23. Juli Brief
Amsterdam 100 G.	168.39	168.73	168.29	168.63
Kopenhagen 100 Kr.	112.13	112.35	112.09	112.31
Italien . . 100 L.	21.929	21.965	21.91	21.95
London . . 1 Pfd.	20.36	20.40	20.358	20.398
New York . 1 D.	4.184	4.192	4.1815	4.1895
Paris . . 100 Fr.	16.47	16.50	16.455	16.495
Schweiz . 100 Fr.	81.345	81.505	81.31	81.47
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.11	59.23
Prag . . . 100 Kr.	12.407	12.428	12.404	12.424

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Hafengebiete von Mannheim. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung wies der stellvertretende Vorsitzende, A. Reinhard, darauf hin, daß das vergangene Jahr schon wenig erfreulich war, im laufenden Jahre habe sich die Wirtschaftslage noch bedeutend verschlechtert. Die Arbeitsgemeinschaft sei bemüht, die Betriebe nach Möglichkeit vor weiteren Lasten zu schützen. Dr. **Hildebrand** machte die Mitteilung, daß die für die Unterhaltung der Gleisanlagen zu viel gezahlten Beträge zurückvergütet werden sollen. An Stelle des ausgeschiedenen Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Direktor Hoeffler, dessen Tätigkeit Herr Reinhard anerkennende Worte widmete, wurde Direktor **Messer** gewählt, an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes des Verwaltungsrats, Altstadt, Herr **Dürr**.

Gute Schiffahrtsmöglichkeit für die Oberrheinschiffahrt. Das Hochwasser ist, wie aus **Kehl** gemeldet wird, soweit zurückgegangen, daß der Rhein wieder in seinem natürlichen Flußbett fließt und das Rheinvorland wieder frei ist. Der überaus günstige Wasserstand kommt der Oberrheinschiffahrt nach Basel sehr zustatten. Tag für Tag gehen nunmehr riesige Schleppzüge nach Basel ab. Die großen Schleppboote haben immer noch Schwierigkeiten beim Passieren der Rheinbrücke und müssen oft tagelang oberhalb der Brücke ankern, bis ihnen der Wasserstand ein Durchkommen unter der Brücke erlaubt.

Aus der Tabakindustrie. Nachdem die Firma J. Reiß (Mannheim) ihre Zigarrenfabrik in Karlsdorf (Amt Bruchsal) geschlossen hatte, hat nun die Firma Hch. **Jakobi** (Mannheim) eine Zigarrenfabrik eröffnet. Sämtliche erwerbslose Zigarrenarbeiter haben dort wieder Brot gefunden.

Gemeinderundschau

Aus dem Gemeinderat Schwetzingen. Ein Bedürfnis zur allgemeinen Einführung einer gestaffelten Festsetzung des Wassergeldes (Staffeltarif) wird verneint; in begründeten Fällen wird Ermäßigung durch Sonderregelung vorbehalten. Zu Ehren des scheidenden Dienstvorstandes der Staatl. Schloßgartenverwaltung, Forstrat **Gillardon**, veranstaltet die Stadt eine Abschiedsfeier. — Der Gemeinderat billigt die von der Sonderkommission unter 45 Bewerbungen um die freigewordene Stelle eines Rechnungsbeamten bei der Stadtkasse getroffene engere Auswahl von drei Bewerbern.

Der Bürgerausschuß Villingen trat zur Beratung des Voranschlages für 1930/31 zusammen, der bekanntlich eine erhebliche Erhöhung der Umlagen und der Gebühren der städtischen Werke zur Deckung eines stark vergrößerten Defizits vorsieht. Die Entscheidung über den Voranschlag wurde vertagt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim**, 23. Juli. In dem **Berufungsprozeß des Bankiers Faßhold**, der vom Schöffengericht Mannheim wegen Untreue und Vergehens gegen das Depotgesetz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, wurde die Berufung des Angeklagten **verworfen** und der Berufung der Staatsanwaltschaft insofern stattgegeben, als die Strafe auf **ein Jahr und zwei Monate erhöht** wurde. Faßhold hatte 1923 eine Bankkommanditgesellschaft gegründet. Nach Ausscheiden eines Kommanditisten geriet er in Schwierigkeiten und vergriff sich an den Depots.

DZ. **Angeltürn** bei Tauberbischofsheim, 24. Juli. Der hiesige Gemeinderechner **Michael Staubitz** konnte dieser Tage auf eine **40jährige Tätigkeit** als Gemeinderechner zurückblicken.

bld. **Kehl**, 23. Juli. Pariser Blätter wußten zu berichten, daß bei der **Befreiungsfeier in Speyer** auch elsässische Trachtenmädchen zugegen gewesen wären. Dem französischen Berichterstatter ist dabei ein **Irrtum** unterlaufen. Anscheinend kennt er die Trachten seiner elsässischen „Landsleute" nicht genau, denn in Speyer waren **Hanauer Trachtenmädchen** beim Hindenburg-Besuch zugegen und keine Elsässerinnen. Die weiblichen Trachten aus dem Hanauerland und dem Elsaß haben wohl eine gewisse Ähnlichkeit.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 23. Juli. Der **Verfassungstag** wird in der hergebrachten Weise gefeiert werden. Am Vormittag des 11. August findet eine Feier in der Festhalle statt, am Abend großes Doppelkonzert im Stadtgarten bei freiem Eintritt, und außerdem Beleuchtung des Münsters und der übrigen Türme der Stadt.

bld. **Leibertingen** (bei Meßkirch), 23. Juli. Infolge Mißhandlungen des Bruders und zu großer Arbeitsüberbürdung (die Mutter des Kindes hat vor einiger Zeit das Haus verlassen, so daß die ganze Hausfrauenarbeit auf dem jungen Mädchen lastete) machte die **13jährige Anna Sohmer** ihrem jungen Leben durch **Erhängen** ein Ende. Das Mädchen hatte am Tage vorher zu ihren Schulkameradinnen geäußert, daß sie sich etwas antue, ihr Bruder habe sie geschlagen. Spuren dieser Mißhandlung waren am Kopfe auch zu sehen. Doch nahm man ihre geäußerte Absicht nicht ernst.

DZ. **Kehl**, 23. Juli. Die **Landeshauptstadt Bregenz** (Vorarlberg) hat der Stadtgemeinde Kehl anläßlich ihrer Befreiung von 12jähriger feindlicher Besatzung ein Bild der Stadt mit Glückwunschschreiben übersenden lassen.

DZ. **St. Blasien**, 23. Juli. Für die ärztliche Betreuung des neuerbauten **Fürstabt-Gerbert-Hauses** und die ärztliche Gesamtleitung der städt. Krankenanstalten ist der langjährige Facharzt für Lungenkranke Dr. med. **August Kesseler** in Essen gewonnen worden. Nach der ärztlichen Prüfung an der Universität Würzburg war Dr. Kesseler an verschiedenen Instituten u. Anstalten in Würzburg, Nürnberg, Freiburg i. Br., Hamborn als Assistenzarzt tätig. Eine Vermehrung und Vertiefung der fachärztlichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Lungenkrankheiten brachte die Arbeit am Turban- und Bergsanatorium in Davos sowie am Sanatorium Wehrawald in Todtmoos, an welchem Dr. Kesseler drei Jahre als Oberarzt wirkte. Seit 1922 übt Dr. Kesseler in Essen eine ausgedehnte Privatpraxis als Lungenfacharzt aus.

WTB. **Singen a. H.**, 24. Juli. Der Schnellzug **Offenburg—Konstanz** streifte gestern abend zwei **Güterwagen**, so daß diese **entgleisten**. Vom Schnellzug wurden die Lokomotive, der Post- und der Packwagen und ein Personenwagen beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

bld. **Konstanz**, 23. Juli. Die Witwe Josefa **Schütz**, die älteste Einwohnerin der Stadt Konstanz, die am 30. Mai d. J. ihren **100. Geburtstag** begehen konnte, ist am Dienstag **gestorben**. Die älteste weibliche Einwohnerin von Konstanz ist nun Frl. Gabriele du Mont de Soumagne, die ihr 95. Lebensjahr nahezu vollendet hat.

WTB. **Straßburg**, 24. Juli. (Tel.) Im Departement **Unterelsaß** sind **elf neue Fälle von spinaler Kinderlähmung** festgestellt worden. Insgesamt sind jetzt 183 Kinder krank. In Metz ist ein Kind der Krankheit erlegen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Staatstierärztliche Dienstprüfung.

Diejenigen Tierärzte, welche sich der diesjährigen Staatstierärztlichen Dienstprüfung unterziehen wollen, haben ihre Gesuche mit den nach § 2 der Verordnung vom 17. Mai 1900 erforderlichen Nachweisen (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 769) spätestens bis zum 15. September 1930 anher einzureichen.

Karlsruhe, den 22. Juli 1930.

Der Minister des Innern:
J. V.: Weitzel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

In den Ruhestand tritt auf Ansuchen:

Badanstaltenverwalter Emil **Reichard** am staatlichen Inhalatorium in Baden.

Gestorben:

Polizeiwachtmeister Josef **Keller** in Pforzheim.

Oberpfleger Ludwig **Nadler** bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Literarische Neuerscheinungen

Oberbayern und München, Augsburg, Innsbruck und Salzburg. 5. Auflage. 1930. Mit 13 Karten, 10 Plänen, 18 Grundrissen und 6 Rundsichten. In Leinen gebunden 5,75 *RM*. (Aus der Sammlung „Meyers Reisebücher".) Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig. — Dieser Führer kommt gerade rechtzeitig für die Wintersportler, die dies Jahr in Oberbayern am meisten auf ihre Rechnung kommen, und als Vorbote der Oberammergauer Passionsspiele, die den Besuch Oberbayerns besonders anziehend gestalten. Die gründlich durchgearbeitete Neuauflage des altbewährten Reisebuchs, das Oberbayern vom Lech bis zur Salzach umfaßt und auch Innsbruck mit behandelt, bringt deshalb diesmal besonders viel Neues. Als Zugangspforte von Westen her wurde Augsburg ausführlich beschrieben. Die Darstellung von Salzburg und seiner Umgebung erfuhr eine wesentliche Erweiterung. Erstmalig sind auch die Autowege für die einzelnen Routen angegeben und bei den größeren Orten Autoparkplätze und -reparaturwerkstätten genannt, so daß der Band auch den mit eigenem Automobil Reisenden viel Wissenswertes bringt. Die gute kartographische Ausstattung ist durch den Plan von Augsburg ergänzt worden und alle Stadtpläne haben Straßenverzeichnisse erhalten. Da der Wintersport in weitgehendem Maße berücksichtigt ist, wird der Band auch jetzt viel Nachfrage finden. Eine Beilage informiert über alles zum Besuch der Oberammergauer Passionsspiele Erforderliche.

Zwei neue Ullstein-Bücher. Humor und bezwingende Lebensnähe sind die Kennzeichen von **Hjalmar Bergmanns** Liebes- und Erbschaftsgeschichten aus Schweden **„Das Testament Sr. Gnaden"**. Eine Reihe origineller Gestalten, deren Schwächen heiter kritisiert werden, die Liebesszenen und Liebesverwirrungen zwischen den jungen Menschen des nordischen Landes gewinnen die Sympathie der Leser. — **Georg Mühlen-Schultes** Roman **„Die drei Kuckucksuhren"** dagegen ist ein kühn gebauter Abenteurerroman eines spleenigen Lord im Paradies Amerika, voll Gefahr und Phantasie, dessen Spannung durch ironische Dialoge und karikierte Zeichnung snobistischer Figuren angenehm bereichert wird. Er hat ein rasendes Tempo, die verblüffendsten Situationen: Raub, Verkleidung, Flucht vor Krokodilen — und ein herrliches Happy-end.

Massimo Bontempelli: Der Sohn zweier Mütter. Roman. Autorisierte Übersetzung von Helly Hohenemser-Steglich. (Reclams Moderne Romane.) In Ganzleinen 2,75 *RM*. — Dieses Meisterwerk des italienischen Dichters, das mit dem „Preis der Dreißig" gekrönt wurde, vereinigt die festen Konturen und die spannende Handlung des großen realistischen Romans mit den Zaubern einer traumhaften, die Grenzen des Wirklichen überfliegenden Phantasie. Erregend und seltsam der Fall, an das tiefe menschliche Wunder rührend: das Verhältnis zwischen Mutter und Kind. Und hier noch wunderbarer, unergründlicher, da zwei Frauen mit dem gleichen Anrecht der wirklichen Mutter um das gleiche Kind streiten.

1000 Worte Deutsch. Ein Sprachführer für Nachdenkliche von Dr. Franz Leppmann, mit Zeichnungen von Schäfer-Ast, im Verlag Ullstein, Berlin. Preis der Kassette 5 *RM*.) — Zuerst faßt man sich an den Kopf. Deutsche sollen Deutsch lernen? Dann gibt man zu: Ja, Deutsche sollen Deutsch lernen! Gewiß — uns allen gelingt es, uns verständlich zu machen, doch wie oft erfolgt diese Verständigung nur mühselig, ohne Geschmack und gegen die Regeln der Logik und Grammatik! Wie schwer wird täglich im kaufmännischen Leben, bei amtlichen Verfügungen, in Reklameankündigungen und bei tausend anderen Gelegenheiten gegen unsere Muttersprache gesündigt! Also seid willkommen, „1000 Worte Deutsch"! Dieser Sprachführer ist amüsant und gründlich. Er enthält nicht nur Dinge für den unmittelbaren praktischen Gebrauch, sondern auch solche, die zur allgemeinen Bildung gehören. Er verteilt den Stoff praktisch in einer Kassette auf einzelne Hefte. Jedes von ihnen bringt zunächst das Grammatische und dann eine Rubrik „Sprachwidrig-Fehlerhaftes", in der sprachlich nicht korrekte Sätze gegeben und zur Schärfung des Sprachgefühls unter genauer Begründung verbessert und richtiggestellt werden. Ferner enthält jedes Heft einen Abschnitt, in dem die vielen im Volksmunde üblichen Redensarten ihrer Bedeutung und Entstehung nach betrachtet werden. So erfährt man z. B. etwas über Wendungen, wie „Es ist die höchste Eisenbahn" oder „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts". Einer der brennendsten Fragen, dem Fremdwörtergebrauch, ist ein besonders ausführliches Kapitel gewidmet, ebenso dem „Schiefen Bild", den Auswüchsen der Geschäftssprache, den verschiedenen Mundarten und anderen Erscheinungen der Sprache. Überall mischt sich Ernstes mit Heiterem, Nützliches mit Angenehmem, Notwendiges mit Anregendem und Interessantem.

Spar- u. Waisenkasse Oberwittstadt

(Oeffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen.		RM
1. Kassenbestand		7 761,39
2. Postscheckguthaben		12 946,60
3. Angelegte Kapitalien:		
a) Wechseldarlehen		6 482,—
b) Bad. Kom. Landesbank Mannheim (lfd. Konto)		50 760,93
c) Bad. Kom. Landesbank Mannheim (Betriebskapital)		13 900,—
d) Wertpapiere		17 000,—
e) Schuldscheindarlehen		159 196,50
f) Hypothekendarlehen		168 276,40
g) Kaufschillinge		125 654,51
h) Gemeindedarlehen		42 750,—
i) Kontokorrentdarlehen		3 770,62
4. Zinsenrückstände		16 953,53
5. Aufgewertete Forderungen		108 072,60
6. Rückständige Aufwertungszinsen		682,09
7. Aufwertungsabrechnungskonto		174 907,83
8. Inventar		2 000,—
		911 115,—

Schulden.		RM
1. Spareinlagen		535 303,33
2. Aufgewertete Spareinlagen		310 764,40
3. Giroeinlagen		11 469,14
4. Reichszwischenkredit		12 000,—
5. Reservefonds: Stand am 31. Dez. 1928	24 934,10	
Hierzu Reingewinn 1926	16 644,03	41 578,13
		911 115,—

Berechnung der Rücklage:

Die Rücklage hat nach § 20 der Satzung zu betragen:

8% aus 546 772,47 *RM* = ... 43 741,76 *RM*
sie beträgt . . . . . 41 578,13 „
Somit weniger . . 2 163,63 *RM*

Oberwittstadt, den 17. Juli 1930 Q.734

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Heimberger. **Der Geschäftsleiter:** Braun.

Zwangsversteigerung.

6 V. 12/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat VI Karlsruhe am

Donnerstag, den 2. Oktober 1930, vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 17, das Grundstück der **Katharina geb. Faber, Ehefrau des Valentin Horzel**, Maurer in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe. Q.738

Die Versteigerung wurde am 15. Mai 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisung über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 15. Mai 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrieb:

Grundbuch von Karlsruhe, Bd. 5, Heft 35 D.

Lgb. Nr. 18820: 21 a 42 qm Ackerland, Gewann Langenäcker.

Schätzungswert mit Zubehör: 930 *RM*.
Schätzungswert ohne Zubehör: 900 *RM*.

Karlsruhe, den 18. Juli 1930.

Bad. Notariat VI — als Vollstreckungsgericht —.

Wanzen! Wanzen!
welch ein Schreck,
mit **SO 2** schafft's Höllstern weg
F. Höllstern, Ungezief.-Vernicht.-Anstalt Herrenstr. 5, Tel. 5791. 438

DIE
BEILAGEN
DER
KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan

Inserieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein

Lahr. Q.737

Güterrechtsregister Lahr Band III Seite 68: Eingetragen am 12. Juli 1930: **Karl Baumwarth**, Schuhmacher in Villingen im Schwarzwald, hat seiner Ehefrau Katharina geborene Schmitt in Seelbach das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Seite 69 am 21. Juli 1930: **Karl Burbach II**, Zigarrenfabrikant in Oberschopfheim und dessen Ehefrau Berta geb. Ackermann. Durch Ehevertrag vom 19. Juli 1930. Gütertrennung.

Seite 68 am 17. Juli 1930: **Johann Späth II**, Landwirt in Oberschopfheim, u. dessen Ehefrau Amalie geborene Schuler. Durch Ehevertrag vom 15. Juli 1930. Gütertrennung.

Lahr, den 22. Juli 1930.

Bad. Amtsgericht.

Inserieren bringt Gewinn

Druck G. Braun, Karlsruhe